

Programmdokument ab 1. Jänner 2009
gemäß Punkt 1.3 der Richtlinien „Jungunternehmer- und Innovationsförderung
für KMU - Haftungsübernahmen“

KMU - Haftungen

1. Ziele des Programms

Mit diesem Programm soll eine Verbesserung der Finanzierungssituation von neu gegründeten, übernommenen und bestehenden wirtschaftlich selbstständigen, gewerblichen KMU aller Branchen (mit Ausnahme von Unternehmen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft) erreicht werden. Hauptzielsetzung ist Förderung der Fremdfinanzierung um damit Gründungs-, Übernahme-/Nachfolge- und Wachstumsprojekte zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Mit Haftungsübernahmen für Fremdfinanzierungen sollen Projekte, die aufgrund von fehlenden oder unzureichenden bankmäßigen Sicherheiten eine kommerzielle Finanzierung nicht oder nur zu ungünstigen Konditionen erhalten würden gefördert werden. Damit soll ein Betrag zur Wettbewerbsstärkung der KMU und Stabilisierung der Beschäftigungssituation des Wirtschaftsstandortes Österreich geleistet werden.

2. Angabe der EU-rechtlichen Grundlagen

2.1. Für Förderungszusagen bis 31.12.2008:

Bezüglich der Förderung von Investitionen wird dieses Programm im Rahmen der Gruppenfreistellung KMU abgewickelt. Haftungsübernahmen für Betriebsmittelkredite werden über die „De-minimis“-Gruppenfreistellung abgewickelt. Bei besonderen beihilferechtlichen Erfordernissen (z.B. Abstimmung mit einer Landesförderung) und zur Gewährleistung einer praxisgerechten Abwicklung kann die gesamte Förderung auch im Rahmen der „De-minimis-Gruppenfreistellungsverordnung“ gewährt werden. Sollte es in besonderen Fällen notwendig sein, ist auch die Gruppenfreistellung für Regionalförderungen heranzuziehen.

2.2. Für Förderungszusagen ab 1.1.2009

Bezüglich der Förderung von Investitionen wird dieses Programm im Rahmen des Artikels 15 – KMU-Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung abgewickelt. Haftungsübernahmen für Betriebsmittelkredite werden über die „De-minimis“-Gruppenfreistellung abgewickelt. Bei besonderen beihilferechtlichen Erfordernissen (z. B. Abstimmung mit einer Landesförderung) und zur Gewährleistung einer praxisgerechten Abwicklung kann die gesamte Förderung auch im Rahmen der „De-minimis“-Gruppenfreistellungsverordnung gewährt werden. Sollte es in besonderen Fällen notwendig sein, ist für die Förderung von Investitionen auch der Artikel 13 – Regionale Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung heranzuziehen.

3. Laufzeit des Programms

Ansuchen im Rahmen des gegenständlichen Programms können vom 1.7.2008 bis 31.12.2010 bei der aws gestellt werden.

4. Förderungsnehmer

Gefördert werden ausschließlich KMU, das heißt, Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und maximal EUR 50 Mio. Umsatz oder maximal EUR 43 Mio. Bilanzsumme.

Verflochtene Unternehmen sind als Einheit zu betrachten.

Das Unternehmen muss über einen Sitz oder eine Betriebsstätte in Österreich verfügen.

von im Regelfall bis zu 10 Jahren (maximal 20 Jahre)

5. Detail zu den förderbaren Projekten sowie zu den förderbaren Kosten

Gefördert werden kann die Fremdfinanzierung von Projekten, die der Wettbewerbsstärkung und der Verbesserung und Festigung der Beschäftigung dienen.

Bei Kombinationen von Investitionskrediten und Betriebsmittelkrediten kann die aws im Einzelfall ein Obligo (= Kreditbetrag im Ausmaß der Haftungsquote) von maximal EUR 2 Mio. verbürgen.

5.1. Förderbare Kosten

- materielle und immaterielle Investitionen
- Unternehmenskäufe/Unternehmensnachfolgen (einschließlich MBO/MBI)
- Betriebsmittel

Für Projekte bis zu EUR 75.000,- verzichtet die aws mit Ausnahme der persönlichen Haftung der Unternehmer oder der wesentlichen Gesellschafter auf Sicherheiten. Höhere Finanzierungsbeträge sind nach Maßgabe vorhandener Sicherheiten sicherzustellen. Eine ausgewogene Risikoteilung zwischen der aws, dem finanzierenden Instituten und dem Unternehmen ist erforderlich.

5.2. Nicht förderbare Projekte/Kosten

- Projekte, mit denen vor Einreichung des Förderungsansuchens begonnen wurde
- Projekte, die keine plausiblen Erfolgchancen haben und/oder eine nachhaltige positive Unternehmensentwicklung nicht erwarten lassen.
- Kosten, die nicht im Zusammenhang mit einem unternehmerischen Vorhaben stehen
- Projekte, die bereits im Rahmen der Jungunternehmerförderung oder der KMU – Innovationsförderung „Unternehmensdynamik“ gefördert wurden

Eine ausgewogene Risikoteilung zwischen der aws, den finanzierenden Instituten und dem Unternehmen ist erforderlich.

Für sonstige Fremdfinanzierungen, z. B. Finanzierungsleasing, ist ebenfalls eine Haftungsübernahme möglich.

b. Zinssatzobergrenze

Durch die Inanspruchnahme der Förderung werden die Zinssätze für finanzierende Institute begrenzt. Die Zinssatzobergrenze berechnet sich basierend auf dem 3-Monats EURIBOR.

Der Berechnungsmodus für den Verfahrenszinssatz des Bundes wird gesondert veröffentlicht und ist sowohl auf der Homepage des BMWA als auch der aws einzusehen.

6. Details zu Förderungsart und -höhe

a. Haftungsübernahmen

Die aws fördert durch Übernahme einer Haftung für

- Investitionskredite und Kredite zur Finanzierung von Unternehmenskäufen (maximal EUR 2,5 Mio.) mit einer Haftungsquote von bis zu 80 % des Kreditbetrages und einer Laufzeit

c. Entgelte bei Haftungen:

Das Haftungsentgelt wird vom Finanzierungsbeitrag im Ausmaß der Haftungsquote berechnet und beträgt für

- Investitionskredite von 0,6 % p.a. bis 3 % p.a. (risikoabhängig in Anwendung des aws-Ratingsystems)
-

- Betriebsmittelkredite von 2 % p.a. bis 4 % p.a. (risikoabhängig in Anwendung des aws-Ratingsystems)

Es wird ein Bearbeitungsentgelt von 0,5 % vom Finanzierungsbetrag verrechnet.

7. Einreichung des Förderansuchens

Die Einreichung des Ansuchens muss vor Durchführungsbeginn des Projektes mit Hilfe eines von der aws aufgelegten Formulars im Wege des finanzierenden Institutes bei der aws erfolgen.

8. Festlegung der Projektlaufzeit

Projekte müssen innerhalb von zwei Jahren (beginnend mit dem Datum des Förderanbotes) abgeschlossen werden

9. Geschlechtsdifferenzierte Erhebung personenbezogener Daten

Bei Einreichung eines Förderungsansuchens ist vom Förderungswerber eine Aufstellung über die aktuelle Beschäftigungssituation (Stand an Vollzeitäquivalenten) im Unternehmen geschlechtsdifferenziert vorzulegen.

Soweit im gegenständlichen Text Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

